

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

17. Juli 1957

171/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , K a n d u t s c h , Dr. Z e c h m a n n  
und Genossen

an den Bundesminister für Justiz,

betreffend strafrechtliche Verfolgung der für die seinerzeitigen Vorfälle bei  
der Firma Gräf & Stift Verantwortlichen.

-.-.-.-

In der vor etwa einem Jahr, nämlich am 8. Juni 1956 an den Herrn Bundes-  
minister für Justiz gerichteten Anfrage hatten die Abgeordneten Dr. Gredler,  
Dr. Zechmann und Genossen unter Bezugnahme auf eine bereits am 26. 10. 1955 im  
gleichen Gegenstande gestellten Anfrage des Abg. Kandutsch auf die äusserst merk-  
würdige Verzögerung der Strafverfolgung der an den erwähnten Vorfällen Schuld-  
tragenden verwiesen.

Ob der offensichtlichen Verschleppung der nach dem Antiterrorgesetz zu ver-  
folgenden Vorfälle haben die Abgeordneten Kandutsch, Dr. Gredler und Genossen am  
7. 11. 1956 an den Herrn Bundesminister für Justiz eine Anfrage gerichtet und um  
Aufklärung über die Gründe dieser Verzögerung ersucht.

Nunmehr werden seit dem Vorfalle (Oktober 1955) bald zwei Jahre verflossen  
sein, ohne dass die strafgerichtliche Verfolgung eingeleitet wurde. Auch eine  
Beantwortung der Anfrage ist bis jetzt nicht erfolgt. Nach den Berichten einiger  
Tageszeitungen soll der Herr Bundesminister nunmehr den Akt über die Vorfälle bei  
Gräf & Stift an sich gezogen haben; ferner sollen die Geschädigten über Veranlas-  
sung der Arbeitsgemeinschaft/<sup>partei-</sup>freier Betriebsräte den Zivilrechtsweg beschreiten,  
um auf diesem Wege die Schuldfrage aufzurollen.

Angesichts dieser die Rechtsordnung erschütternden Umstände stellen die  
unterzeichneten Abgeordneten die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, über die Gründe dieser in  
ihrer Art einmaligen Vorgänge Aufklärung zu geben und die strafgerichtliche Ver-  
folgung der Verantwortlichen nunmehr ungesäumt in die Wege zu leiten?

-.-.-.-